

DER HAUPTSTADTBRIEF

DIE HINTERGRUND-SEITEN IN DER **Berliner Morgenpost**
2. DEZEMBER 2016

Erbe einer Berliner Chronistin

Die Fotoreporterin Eva Kemlein dokumentierte Nachkriegsalltag, Schlossabriss, Theaterleben – eine Ausstellung erinnert an sie. **Seite 6**



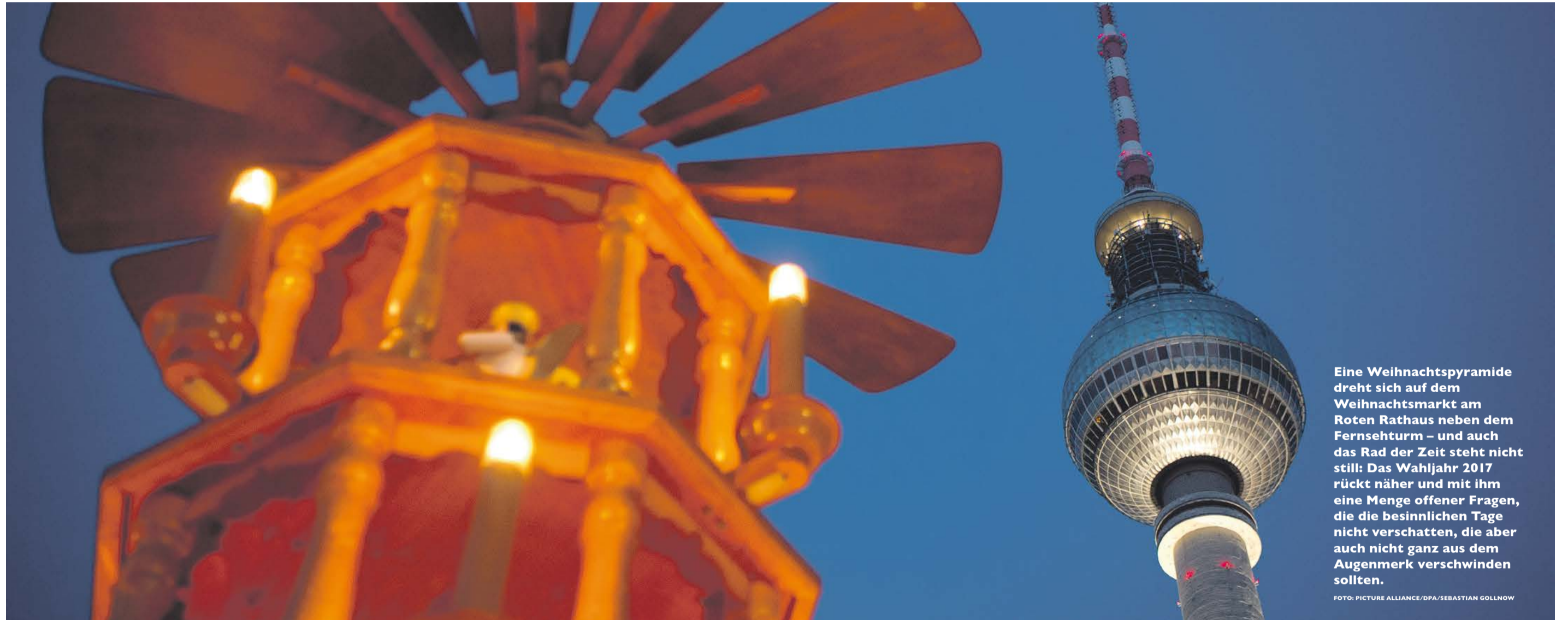
Berlins Mitte von Preußen bis heute

Am Schinkelplatz wird neben der Friedrichswerderschen Kirche an historischer Stätte gebaut – der verantwortliche Architekt Rafael Moneo im Gespräch. **Seite 7**



Von Berlin aus für mehr Europa

Die Hauptstadt-Initiative „Städte für Europa – Cities for Europe“ wirbt für mehr Engagement für die EU – denn in den Metropolen wird Europa gelebt. **Seite 8**



Eine Weihnachtspyramide dreht sich auf dem Weihnachtsmarkt am Roten Rathaus neben dem Fernsehturm – und auch das Rad der Zeit steht nicht still: Das Wahljahr 2017 rückt näher und mit ihm eine Menge offener Fragen, die die besinnlichen Tage nicht verschatten, die aber auch nicht ganz aus dem Augenmerk verschwinden sollten.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DA/SEBASTIAN GOLLNOW

Mit einem beherzten „Weiter so“ geht es nicht weiter

Wahljahr 2017: Welche wirtschaftspolitischen Weichenstellungen wünschenswert wären, damit Deutschland seine momentane ökonomisch starke Stellung auf längere Sicht halten kann | Von Ursula Weidenfeld

Wirtschaftspolitik ist in Wahljahren ein undankbares Fach. Das meiste, was man jetzt tut, zahlt sich erst nach Jahren aus. Das, was sich gleich auszahlt, heißt Subvention, ist in der Regel teuer und schadet der Marktwirtschaft. Noch undankbarer ist es, mit der Ankündigung umfassender Reformarbeit in den Wahlkampf zu gehen, wie es in Frankreich gerade François Fillon tut. Das geht, jedenfalls in Deutschland, selten gut.

Dennoch lohnt es sich, genau hinzuschauen, in welcher Regierungskonstellation künftig was möglich sein wird. Denn auf Deutschland kommen in den nächsten Jahren gewaltige Herausforderungen zu. Die wird man mit

einem beherzten „Weiter so“ nicht in den Griff bekommen. Wenn das Land seine starke Stellung in der Weltwirtschaft und seine stabile innere Verfassung halten will, braucht es einen starken Wirtschaftsminister. Einen, der die Soziale Marktwirtschaft als wirtschaftspolitische Verfassung des Landes ernst nimmt und sie nicht als altertümliche Ruine aus vergangenen Zeiten behandelt.

In den vergangenen sieben Jahren hatte Deutschland sehr großes Glück: Nach dem dramatischen Wachstumseinbruch von 2009 – das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte um 5,5 Prozent – ging es zügig und kontinuierliche bergauf. Die Arbeitslosenquote sank, die Zahl der sozialversiche-



Dr. Ursula Weidenfeld ist Volkswirtin, Verfasserin von Wirtschaftsbüchern und Vorsitzende der Jury des Preises für Wirtschaftspublizistik der Ludwig-Erhard-Stiftung. Für den HAUPTSTADTBRIEF wagt sie einen Ausblick auf das Wahljahr 2017 und schreibt sowohl dem jetzigen als auch dem künftigen Wirtschaftsminister allerhand Hausaufgaben ins Handbuch des guten Regierens – zur Bewahrung und stetigen Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. FOTO: PRIVAT

rungspflichtigen Arbeitsplätze stieg – nie waren in Deutschland so viele Menschen erwerbstätig wie heute. Die Steuereinnahmen sprudelten und übertrafen von Quartal zu Quartal die Erwartungen. Deutschland war beides, Lokomotive und Profiteur in

einer schwachen Phase der restlichen Eurozone. Die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) war gedacht für die Länder des Südens, für Deutschlands Regierung und Investoren war sie ein Geschenk.

Regieren war einfach in dieser Zeit, die Wirtschaftspolitik wurde ja maßgeblich von der EZB gestaltet. Doch das wird sich in der kommenden Legislaturperiode ändern. Denn nach sechs Jahren Wachstum in Deutschland – und gleichzeitigem Stillstand in den Südstaaten – zeigen sich die ersten Ermüdungserscheinungen, die EZB aber hat ihr Pulver verschossen. Die Wirtschaft wird 2017 nur noch um 1,3 Prozent zulegen, das prognostizieren die Wirtschaftsweisen. Gleichzeit

werden die Rechnungen fällig, die die Große Koalition mit ihren Beschlüssen zur Rente ab 63 und zur Mütterrente, zu besseren Pflegeleistungen und zur Energiewende veranlasst hat. Der künftige Wirtschaftsminister muss wieder ans Steuer.

Handeln muss die Regierung, wer immer sie stellt, in den kommenden Jahren bei den Großthemen Europa und Energie, Demografie und Digitalisierung, und, als Merkposten: beim Freihandel. Mit dem Freihandel ist es am einfachsten. Weltweit geht der Trend im Augenblick zur Renationalisierung von Handelsfragen. Die USA mit ihrem starken Binnenmarkt werden unter einem Präsidenten Donald Trump „America first“ rufen, wo es eben geht.

Die Aussichten für ein Freihandelsabkommen TTIP sind schlechter denn je. Die Briten werden nach einem Brexit ihren eigenen Weg suchen. Und die Europäische Union wird vor der Herausforderung stehen, viele Wege zu finden. Der Binnenmarkt ist (noch) unantastbar, doch schon bei den Beziehungen zu den assoziierten Nachbarn werden Änderungen nötig, wenn die Briten sich aus dem Kreis der Mitglieder verabschieden. Deutschland ist das exportstärkste Land auf dem Kontinent, das vom Freihandel sehr profitiert. Daran muss man gelegentlich erinnern, wenn Forderungen

FORTSETZUNG AUF SEITE 3

Zur Abstimmung steht der Masterplan für eine andere Republik

Wahljahr 2017: Welche migrationspolitischen Weichenstellungen das Impulspapier der Staatsministerin für Integration vorsieht und warum sich keiner in diesen Zug setzen sollte, der möchte, dass die Migranten in diesem Land ankommen | Von Necla Kelek

Ich bin in der Türkei geboren, als junges Mädchen nach Deutschland gekommen und lebe seit 50 Jahren in diesem Land. Ob ich damit, wie Angela Merkel es am 20. November 2016 bei „Anne Will“ formulierte, zu „denjenigen“ gehöre, „die schon länger hier leben“ oder zu denen, „die neu dazugekommen sind“, weiß ich nicht. Und ob es auf Dauer noch mein Land ist, auch nicht. Jedenfalls schwerlich, wenn Wirklichkeit werden sollte, was in dem „Impulspapier der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“ steht. Dieses Papier wurde von

der zuständigen Staatsministerin für Integration Aydan Özoguz vorgelegt und fand auf dem 9. Integrationsgipfel am 16. November 2016 den Segen der Bundeskanzlerin. Was Kanzlerin Merkel in ihrer Rede zu diesem 9. Integrationsgipfel als „ermutigend“ empfand, ist nach meiner Beurteilung eine Kapitulation vor den Migrantenorganisationen.

Vorbereitet wurde das Papier von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoguz, die ich seit vielen Jahren in der sozialdemokratischen Partei als Lobbyistin von Islamvereinen und der türkischen

Gemeinde wahrnehme. Aydan Özoguz spricht nicht gern über Probleme und Konflikte in den Einwanderer-„Communities“. Wenn doch, verharmlost sie Unerfreuliches stets. So wandte sie sich anlässlich der Debatte über die Zunahme muslimischer Kinderehen am 3. November 2016 gegen ein „pauschales Verbot von Ehen von Minderjährigen“, denn es könne „junge Frauen ins soziale Abseits drängen“. Aydan Özoguz verhüllt mit diesen Formulierungen den sexuellen Missbrauch von Mädchen im Migrantenmilieu.

So hat es mich auch nicht überrascht, dass sie Minister de Maizièr



Dr. Necla Kelek ist Vorstandsmitglied bei Terre des Femmes – Menschenrechte für die Frau e.V. Sie lebt und arbeitet als Sozialwissenschaftlerin und Publizistin in Berlin. Sie ist Mitglied des Senats der von Helmut Schmidt gegründeten Deutschen Nationalstiftung. 2005 bis 2009 war sie ständiges Mitglied der Deutschen Islamkonferenz. Für den HAUPTSTADTBRIEF nimmt sie das Impulspapier des 9. Integrationsgipfels unter die Lupe – und sieht den Masterplan für eine andere Republik. FOTO: CYRIL SCHREIBER

in den Arm fiel, als der am 15. November 2016 den Salafisten-Verein „Die wahre Religion“ verbot, ein islamisti-

sches Netzwerk, das junge Muslime in Deutschland für den Dschihad in Syrien anwirbt. Aydan Özoguz forderte stattdessen „Augenmaß“ bei der Verfolgung von Islamisten. Die Integrationsbeauftragte hat normalerweise die Rückendeckung der Bundeskanzlerin, der SPD und der Grünen sowieso – doch aus der Union kamen dieses Mal Widerworte: „Gegen Islamisten ist kein Augenmaß gefragt, sondern die volle Härte des Gesetzes“, entgegnete CDU-Generalsekretär Peter Tauber am 16. November 2016 und fuhr fort: „Anstatt unseren Sicherheitsbehörden für ihre hervorragende Arbeit zu

danken, tritt ihnen Frau Özoguz vors Schienbein.“

Frau Özoguz kann nicht nur treten, sie kann auch schweigen. Bei dem jetzt vorgelegten „Impulspapier der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“, das nach ihrer Vorstellung im Wahljahr 2017 umgesetzt werden soll, ist zunächst aufschlussreich, wovon nicht die Rede ist.

Nicht die Rede ist von Problemen und Konflikten bei Flüchtlingen und

FORTSETZUNG AUF SEITE 3

Denk' ich an Afrika in der Nacht ...

... dann bin ich um den Schlaf gebracht. Ich kann nicht mehr die Augen schließen. Und meine heißen Tränen fließen | Von Gunnar Heinsohn

Drei Tage reist Bundeskanzlerin Angela Merkel im Oktober 2016 durch Afrika. Sie wirbt für Kooperation zur Vermeidung von Migration und verspricht Unterstützung bei deren Ursachenbekämpfung. „Das Wohl Afrikas liegt im deutschen Interesse“, erklärt die Kanzlerin. Sie weiß, dass nur bei mehr Stabilität, Ernährungssicherheit, Bildung und Verteilungsgerechtigkeit weniger Afrikaner ihr Heil in Europa suchen. Aktuell träumen davon 400 Millionen. Doch wie weit reicht Berlins Einfluss? Schließlich haben 1,1 Billionen Dollar (in heutiger Kaufkraft) Entwicklungshilfe seit den 1960er-Jahren wenig bewirkt. Korrupte Eliten werden reicher, aber vieles verpufft an der Bevölkerungsexplosion. Als in den 1950er-Jahren die antikolonialen Kriege Schwarzafrikas beginnen, gibt es dort 250 Millionen Menschen. Heute sind es eine Milliarde Afrikaner. Wie können 80 Millionen Deutsche dort plötzlich einen „Zukunftskontinent“ (Merkel) schaffen? Gibt es noch unerprobte Ideen?

Die europäische Bevölkerung ist im Durchschnitt doppelt so alt wie die afrikanische (siehe die Kontinent-Grafiken). Bei den absoluten Zahlen geht die Schere – bei allerdings abnehmendem Tempo – immer weiter auseinander. Mehr als die Hälfte des weltweiten Bevölkerungswachstums bis 2050 wird in Afrika stattfinden. Doch während der Kontinent zwischen 1950 und 2015 seine Einwohnerzahl mehr als verfünffacht, wird er – laut UNO-Prognosen – von 2015 bis zum Jahr 2050 nur noch eine kräftige Verdopplung erleben.

2,4 Milliarden Afrikaner soll es 2050 unter dann 9,7 Milliarden Erdenbürgern geben. In der EU (ohne Großbritannien) sollen es nur 450 Millionen sein – ein Drittel davon über 60 Jahre alt. Obwohl ein Blick über 2050 hinaus schwierig bleibt, sieht die UNO für das

In Nordafrika müssten bis 2020 rund 105 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um die Nachfrage nach Jobs zu befriedigen.

Jahr 2100 die Hälfte aller Menschenkinder unter fünf Jahren in Afrika, während es 1950 nicht einmal zehn Prozent sind. In jedem Fall bleibt der Schwarze Kontinent auf viele Jahrzehnte hinaus im Fokus globaler Sorgen. Wenn Ostasien – ungeachtet noch geringerer Geburtenzahlen als in der westlichen Welt – weiterhin ethnozentrisch operiert, Einbürgerungen also ungenügend schwer macht, bleibt das schrumpfvergreisende Europa für umzugswillige Afrikaner das erste Reiseziel.

Aufgrund seiner Öl- und Gasvorkommen gibt es für den arabischen Norden des Kontinents mehr Zuversicht. Doch seine Potenziale kommen ebenfalls nur suboptimal zum Zuge. Dabei hat man fast überall wohl formulierte Gesetze für die Grundbedingung des Wirtschaftens – also Eigentum für die Besicherung von Geld durch die Notenbanken sowie für die Verpfändung im Kredit durch möglichst viele Verschuldungsfähige. Die Willkürmit-



Bundeskanzlerin Merkel (im Bild beim Besuch in einer Schule in Niamey, der Hauptstadt von Niger) hat auf ihrer Afrika-Reise im Oktober 2016 mehreren Ländern Unterstützung zugesagt. Sie will das als Ursachenbekämpfung zur Eindämmung künftiger Migrationsströme verstanden wissen. Leichter gesagt als getan; denn eine der Hauptursachen der Armut in Afrika ist ein hoher Anteil sehr junger Menschen, von denen Millionen auch unter verbesserten Bedingungen kein Auskommen finden werden.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA/MICHAEL KAPPELER

tel fürstlicher und weltlicher Diktatoren jedoch unterbinden immer wieder den ökonomischen Segen rechtsverbindlicher Kontrakte. Auch vielen Aufständischen geht es eher um die Eroberung von Pfründen als um die Sicherung der Eigentumsoperationen. Das gerade auch daraus resultierende Ausbleiben neuer Firmen und Arbeitsplätze illustriert schlagend die Zahl der Erfindungen des gesamtarabischen Raums zwischen Hohem Atlas und Persischem Golf. 2015 akzeptiert das US-Patentamt nur 70 Erfindungen aus einer arabischen Gesamtbevölkerung von rund 370 Millionen Menschen. Im selben Jahr aber entfallen 3804 Patente auf Israel mit seiner Bevölkerung von 8 Millionen.

Die „Arab Labour Organization“ prognostiziert bereits 2012 für das Jahr 2020 einen Neubedarf an 105 Millionen Arbeitsplätzen. Damit soll die bestehende Unterbeschäftigung gemildert, vor allem aber der Zusatzbedarf für die nachrückende Jugend gedeckt werden. Die seit 2011 durch Krieg und Terror – vor allem in der Tourismusbranche – verlorenen Arbeitsplätze sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Den Bedarf bestimmt auch hier vorrangig die Bevölkerungsdynamik: Zwischen Marokko und Ägypten

springt man von 45 Millionen Einwohnern im Jahre 1950 auf 180 Millionen heute. Da es im Jahr 2050 fast 250 Millionen sein sollen, bleiben Rebellion und Emigration die gebotenen Optionen. Doch Europa benötigt fast ausschließlich Hochqualifizierte, während bei den internationalen Schülervergleichen arabische Kinder nicht nur weit unter dem ostasiatischen, sondern selbst unter dem westeuropäischen Durchschnitt landen.

Diesen verheerenden Qualifikationsrückstand offenbaren aktuell die Erfahrungen der deutschen Wirtschaft mit den Migranten des Jahres 2015. Trotz unstrittiger Bereitwilligkeit, Leute einzustellen, finden die DAX-30-Konzerne bis Mitte 2016 nur 54 geeignete Kräfte. Der öffentliche Dienst, der immerhin ohne Angst vor Einbußen bei der internationalen Konkurrenzfähigkeit einstellen könnte, und das ja auch will, bringt im selben Zeitraum sogar nur 5 qualifizierte Migranten unter.

Wenn die nach Europa Drängenden dort nicht benötigt werden, müssen sie daheim den Lebenskampf ausfechten. Der richtet sich vorrangig gegen heimische Eliten und Minderheiten, die für ihre vermeintliche Abkehr von der wahren Religion unter dem Vorwand

hehrster Frömmigkeit angegriffen werden. Wenn drei oder vier Jünglinge um die Position eines in Rente gehenden Alten konkurrieren, kommt es schnell zum Töten für das Erreichen des Gleichgewichts zwischen Ambitionen und Positionen. Da die meisten Jungen aber die Auswanderung dem Bürgerkrieg vorziehen, kann der



Prof. Dr. Dr. Gunnar Heinsohn ist Soziologe, Pädagoge und Ökonom. An der Universität Bremen gründete er 1993 das „Raphael-Lemkin-Institut für Xenophobie- und Genozidforschung“ als Europas erste Einrichtung für vergleichende Völkermordanalyse. Er lehrt Kriegsdemographie am NATO Defense College (NDC) in Rom. Für den HAUPTSTADTBRIEF macht er sich Gedanken über die Ursachenbekämpfung von Armut in Afrika. FOTO: ANDRÉ FREUD 2013

Druck auf Europa nur wachsen. Während im gesamtarabischen Raum heute weniger als 400 Millionen Menschen keinen Frieden finden, könnte es 2050 mit über 600 Millionen noch ungleich heftiger zugehen. Bei den von Gallup für 2009 ermittelten Auswanderungswünschen wollen schon heute knapp 100 Millionen und 2050 über 150 Millionen Araber über das Mittelmeer nach Norden entkommen.

So weit, so unbefriedigend – aber dennoch vergleichsweise rosig gegenüber der Situation im Subsahararum, wo die Eigentumsstruktur bis heute besonders schwach ausgeprägt ist. Eine Bevölkerung von derzeit einer Milliarde Menschen exportiert 2014 nur Waren für rund 150 Milliarden US-Dollar – vor allem Erdöl, Diamanten, Gold, Kupfer und Eisen. Allein 85 Milliarden Dollar davon entfallen auf Südafrika. Rechnet man es heraus, schaffen die verbleibenden 940 Millionen Afrikaner Exporte von knapp 70 Milliarden Dollar. Damit rangieren sie beispielsweise hinter den 74 Milliarden Dollar, für die im selben Jahr 5,4 Millionen Slowaken Waren exportieren. Der Pro-Kopf-Vorsprung des Kleinststaats, der erst seit 1990 über Eigentumsstrukturen verfügt, erreicht damit den nahezu astronomischen Faktor 180.

Zwar schrumpft die Gruppe der absolut Armen, nicht jedoch in Afrika. Die Weltbank zählt dazu alle, die pro Tag weniger als 1,90 Kaufkraft-Dollar zur Verfügung haben. Im Subsahararum springt ihre Zahl zwischen 1990 und 2011 von 280 Millionen auf 390 Millionen. In einer Zeit, in der bereits mehr Menschen an den Folgen von Übergewicht als an Hunger sterben,

ist das ein alarmierender Rückstandsindikator. Zugleich sind 65 Prozent der Menschen in Schwarzafrika ohne Bankkonto. 600 Millionen leben ohne sauberes Trinkwasser oder zuverlässige Stromversorgung. Selbst die Urbanisierung bleibt ohne den erwarteten Fortschrittseffekt.

Noch 1950 gibt es im Subsahararum keine Millionenstadt. Heute sind es fünfzig Millionenstädte, wobei Lagos und Kinshasa über 10 Millionen Einwohner haben. Allerdings zählt die UNESCO bereits 2012 rund 200 Millionen Slum-Bewohner in Afrikas Ballungsräumen. Sie wollen nicht dorthin, weil Industrien aufblühen und die Landwirtschaft wegen höherer Produktivität weniger Leute bräuchte. Zum Motor der Landflucht wird vielmehr die verzweifelnde und zumeist vergebliche Hoffnung, in den Städten etwas weniger arm zu sein. Diese Zahlen machen verständlich, warum 38 Prozent aller Schwarzafrikaner einfach weg wollen. Statt „nur“ 400 Millionen heute ständen 2050 knapp 900 Millionen für den Umzug nach Europa bereit.

Natürlich würde man Afrikas Probleme gerne vor Ort gelöst sehen. Doch wer soll das leisten? 2015 zählt Gesamt-afrikas Nachwuchs unter 18 Jahren 540 Millionen Kinder und Jugendliche, während Europa bis zum Ural nur 140 Millionen Gleichaltrige aufbietet. 2050 wird es um 1000 Millionen im Vergleich zu 130 Millionen gehen. 40 bis 60 Prozent der afrikanischen Kinder – so das Medizinjournal The Lancet 2007 – bleiben dauerhaft unter ihren Möglichkeiten. Bei der Schülermathematik-Olympiade (TIMSS 2012) gewinnt die Ex-Kolonie Südkorea mit 613 Punkten, während die 331 Punkte der Ex-Kolonie Ghana zeigen, wie viele Schularbeiten noch zu machen sind. Ugandas Twaweza-Institut ermittelt 2016, dass nur 13 Prozent der Drittklässler die Matheanforderungen für

Obwohl die ‚absolute‘ Armut weltweit zurückgeht, ist die Zahl der von ihr Betroffenen im mittleren Afrika auf 390 Millionen Menschen nach oben geschnellt.

Zweitklässler erfüllen. Wie soll da ein junger Europäer heute 4 und 2050 sogar 8 gleichaltrige Afrikaner für den Weltmarkt fit machen, daneben die Rentner und Hilflösen daheim versorgen und auch noch die hiesige Wirtschaft in der Weltspitze halten?

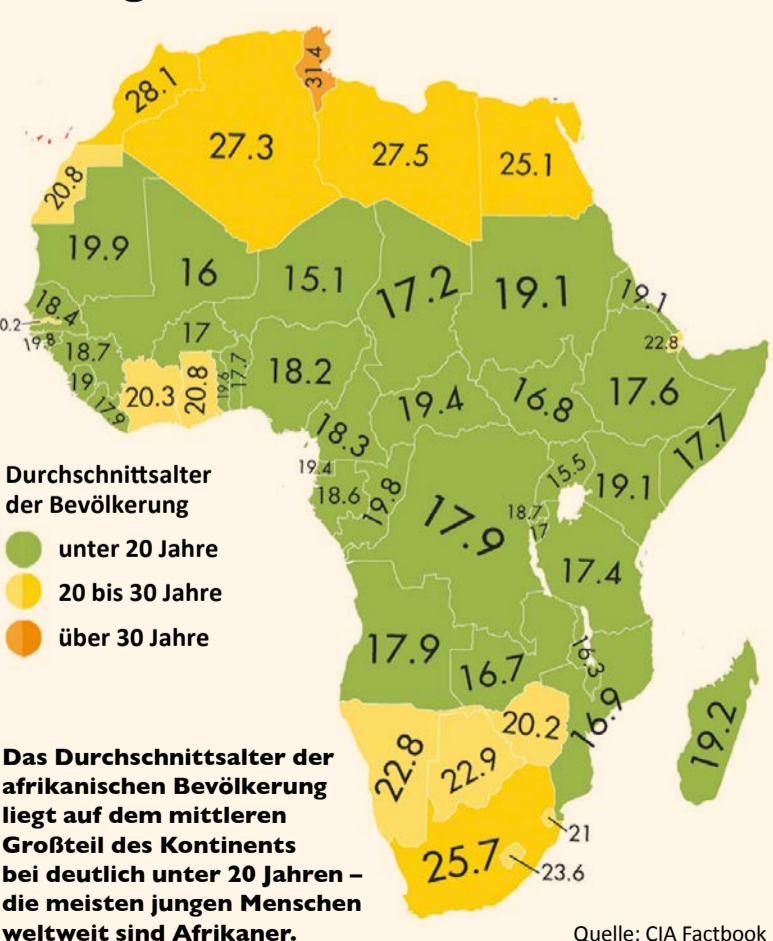
Bis man sich um Smartphones aus Accra oder Roboter aus Lagos reißt, hat Afrika einen schweren Weg vor sich. Wenn die 18 Millionen in Völkermorden und Kriegen seit der Befreiung Getöteten ein Licht auf Afrikas Zukunft werfen, wären selbst zehn Friedensnobelpreise zu wenig für das Zeigen eines unblutigen Weges. Wer wollte da das Drängen nach Europa verübeln, wo man auch dann menschenwürdig bezahlt wird, wenn man Arbeit nicht findet? Muss man im Gegenzug aber nicht auch den Bürgern Europas die Frage erlauben, wie ein alternder Kontinent das alles schaffen soll?

Vor einem Vierteljahrhundert singt Leonard Cohen (1934-2016) „I’ve seen the future, brother, it is murder“ und behält damit Recht. Man könnte auch auf Heinrich Heines (1797-1856) „Nachtgedanken“ von 1844 verfallen, wenn man für sein Heimatland Afrika setzt. Und doch könnten selbst diese Verse der Wirklichkeit von übermorgen nicht gewachsen sein:

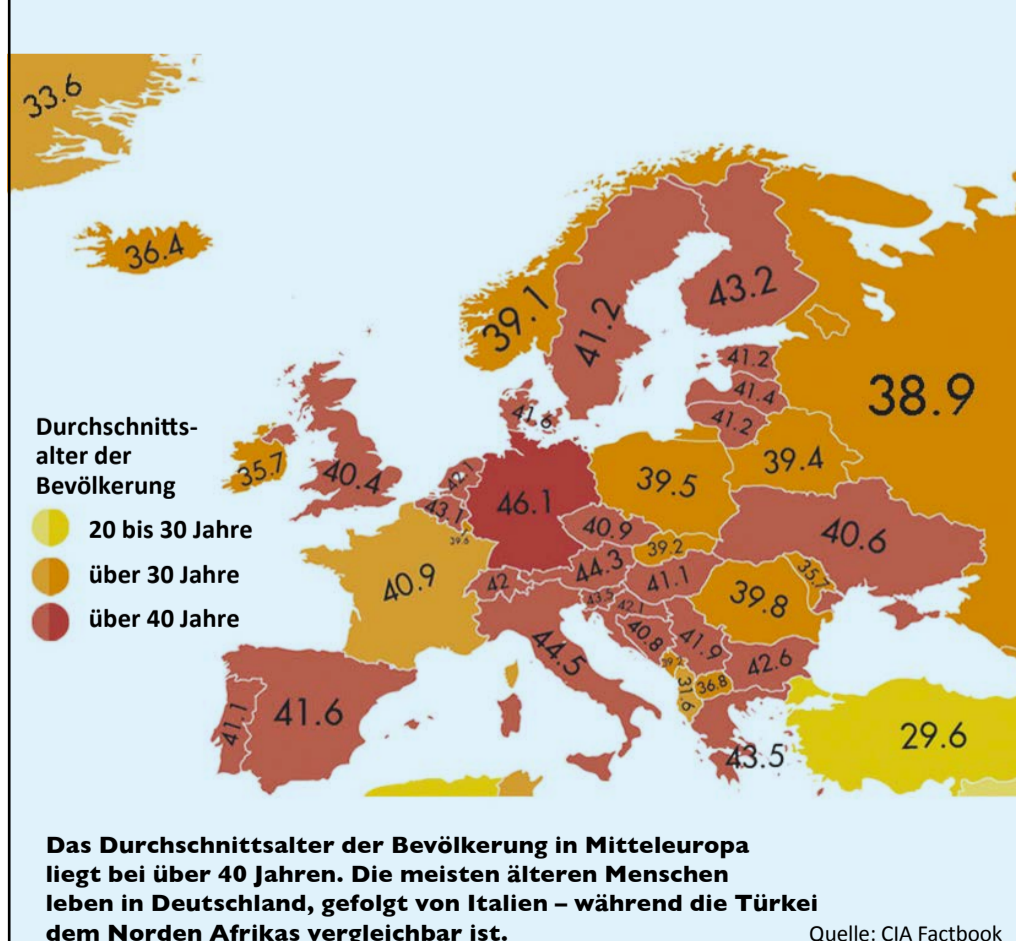
Denk' ich an Deutschland in der Nacht, Dann bin ich um den Schlaf gebracht, Ich kann nicht mehr die Augen schließen, Und meine heißen Tränen fließen. ♦

Aktuelle Beiträge unseres Autors Gunnar Heinsohn finden Sie auch regelmäßig online auf der Website „Die Achse des Guten“, einem der meistbesuchten Medien für politische Analyse in Deutschland: www.achgut.com/autor/heinsohn

Afrika ist im Durchschnitt weniger als 20 Jahre alt



Europa ist im Durchschnitt über 40 Jahre alt



IMPRESSUM
Die Hintergrund-Seiten in der Berliner Morgenpost entstehen in Zusammenarbeit mit DER HAUPTSTADTBRIEF – Informations- und Hintergrund-Dienst aus Berlin.
Ausgabe vom 2. Dezember 2016
Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH Tempelhofer Ufer 23–24, 10963 Berlin Tel. 030 / 21 50 54 00, Fax 030 / 21 50 54 47 info@derhauptstadtbrief.de
Herausgeber: Detlef Prinz
Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Layout: Mike Zastrow, Manuel Schwartz
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Rainer Bieling
Anschreiben für alle siehe Verlag
Anzeigen: Jan Schiller (Leiter Vermarktung) Berliner Morgenpost GmbH Kurfürstendamm 21–22, 10719 Berlin Tel. 030 / 88 72 776 – 00 jan.schiller@morgenpost.de
Druck: Axel Springer SE, Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG Brunsbütteler Damm 156–172, 13581 Berlin
Diese Ausgabe finden Sie auch online unter www.derhauptstadtbrief.de
© DER HAUPTSTADTBRIEF 2016

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Mit einem beherzten „Weiter so“ geht es nicht weiter

nach Import- oder Investitionsbremsen gegen China laut werden. Daran muss man auch erinnern, wenn die politischen Kommissare in Brüssel für Großbritannien nach einem schmerzhaften und harten Vertrag für den Brexit rufen. Die jetzige wie die künftige deutsche Regierung hat allen Grund, sich für einen freien Zugang der Briten zum europäischen Binnenmarkt – und umgekehrt der EU-Länder zu den britischen Märkten – einzusetzen.

Auch die Währungspolitik wird wieder in den Vordergrund rücken. Immer noch ist kein Weg erkennbar, wie einerseits die Gemeinschaftswährung erhalten und andererseits der Gang in die Transferunion vermieden werden kann. In diesem ungenuten Zwischenreich fallen mit dem Referendum in Italien am 4. Dezember 2016, den Wahlen in Holland und mit den Präsidentschaftswahlen in Frankreich im April und Mai 2017 gleich mehrere weichenstellende Entscheidungen. Auf die Ergebnisse hat Deutschland zwar keinen Einfluss. Mit den Folgen aber muss es sich in der kommenden Legislaturperiode vor allem wirtschafts- und finanzpolitisch auseinandersetzen. Würde sich ganz Südeuropa – zusammen mit Italien und Frankreich – auf das Ende der Reformpolitik verständigen und die Staatsverschuldung wieder massiv in die Höhe treiben, wäre das für die deutschen Bundestagswahlen im September 2017 und die Zeit danach ein großes Thema: Dann müsste im Norden der Eurozone neu austariert werden, ob, wie und in welcher Form Transfers an den Süden finanziert werden.

Ähnlich anspruchsvoll werden die Themen Klimawandel und Energiewende bleiben. Zwar gibt es in Deutschland nur wenige, die den Klimawandel in Frage stellen. Doch mit der Alternative für Deutschland (AfD) tritt eine Partei zur Bundestagswahl an, die das bisherige Energiewende-Regime radikal in Frage stellt. Keine Subventionen mehr, lautet hier die Ansage. Klar ist: Eine neue Bundesregierung wird den deutschen Klimaschutzplan neu begründen müssen. Sie wird beweisen müssen, dass die 520 Milliarden Euro, die die Energiewende nach Einschätzung des Düsseldorfer Wettbewerbsforschungsinstituts Dice bis zum Jahr 2025 kosten wird, gut eingesetztes Geld sind. Sie wird auch die privaten Eigenheimbesitzer dazu motivieren müssen, ihre Häuser energieeffizient umzubauen. Sie wird begründen müssen, dass die geplante Sektorkoppelung – also die Verbindung von

Strom-, Wärme- und Verkehrsmarkt – tatsächlich funktioniert und dass die dafür erforderlichen Strommengen am Ende auch geliefert werden können. Sie wird alte Infrastrukturen wie zum Beispiel das Gasnetz mitfinanzieren müssen, weil man sie möglicherweise irgendwann einmal brauchen wird. Und, am schwierigsten von allem: Das alles muss technologieoffen und so preiswert sein, dass nicht immer mehr Industrieunternehmen das Land verlassen. Und dass die Verbraucher die Sache weiterhin geduldig finanzieren. Das wird ein ganz dicker Brocken für den künftigen Wirtschaftsminister.

Dazu kommt ein vorübergehender Fachkräftemangel, der das Land in der nächsten Legislaturperiode noch beschäftigen wird – bevor die Digitalisierung den Arbeitsmarkt so nachhaltig entspannen wird, dass einige dann verstärkt über das bedingungslose Grundeinkommen nachdenken werden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat im Jahr 2015 ausgerechnet, dass vor allem Berufe der industriellen Fertigung von der Digitalisierung betroffen sein werden. Mehr als zwei Dritteln der Arbeitsstellen steht in Aussicht, demnächst von Computern und Robotern ersetzt zu werden. Es sind Arbeitsplätze, die traditionell stark gewerkschaftlich organisiert sind. Ein neuer Wirtschaftsminister wird also gut beraten sein, die Tarifparteien sehr früh und sehr schnell zu Qualifizierungsverträgen zu drängen. Und er wird nicht umhin kommen, für diesen Umbruch Rahmenbedingungen zu formulieren.

Das wird keine leichte Sache; denn erst einmal wiegen sich viele Arbeitnehmer in Sicherheit und werden Qualifizierungsansinnen als Zumutung empfinden, weil ja doch einige Jahre lang Fachkräfte fehlen werden und dieser Mangel das mögliche Wirtschaftswachstum obendrein bremsen könnte. Verglichen mit allen anderen Themen dürfte das Stellen der Weichen für einen nachhaltigen Arbeitsmarkt das anspruchsvollste Gebiet sein. „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“, hat die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann einst geschrieben. Ob sich der künftige Wirtschaftsminister, vielleicht auch eine künftige Wirtschaftsministerin, zu dieser Zumutung durchringen kann, wird die interessierte Öffentlichkeit wohl erst nach den Wahlen erfahren; denn so, wie in Frankreich gerade François Fillon den Wählern reinen Wein einschenkt, wird in Deutschland Wahlkampf nicht geführt. ♦

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Zur Abstimmung steht der Masterplan für eine andere Republik



Die Kopftücher der Frauen sind ein Zeichen der Zugehörigkeit – zur Gemeinschaft der Muslime. Partizipation am Wohlstand der Nation, ja. Integration in die Nation, nein danke. Mit einem „Impulspapier“ versuchen Islamverbände und Migrantenorganisationen jetzt, die Parallelgesellschaft auf Staatsebene zu etablieren.

FOTO: FOTOLIA/JOSÉFARAZO

Migranten, sondern es geht sogleich darum, wie die „Teilhabe am Haben und am Sagen“ der Migrantenorganisationen organisiert werden kann. Migranten sind nach der Definition des Papiers Opfer, „Einzelne, denen ihre Herkunft oftmals nachteilig ausgelegt wird“. Von wem? Der Begriff „Deutscher“ oder „deutsche Gesellschaft“ kommt aber gar nicht vor, das Impulspapier zitiert, um die Bezugsgruppe zu

Unsere Verfassung besagt, dass der Einzelne und nicht sein Kollektiv im Mittelpunkt der Integrationsbemühungen stehen muss.

beschreiben, den Bundespräsidenten, der bei anderer Gelegenheit vom „Wir der Verschiedenen“ sprach.

Selbst die Art der Teilhabe an diesem „Wir der Verschiedenen“ bleibt ungesagt. Die Bundeskanzlerin hat dem gewählten US-Präsidenten Donald Trump trotz der Zusammenarbeit auf Basis von „Demokratie, Freiheit, Respekt vor dem Recht und der Würde des Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder politischer Einstellung“ angeboten. Eine derart

selbstverständliche Standortbestimmung gegenüber Migranten fehlt im Impulspapier. Ein positives Leitbild wäre aber nötig, sind doch an dem Regierungsprojekt Integration Organisationen wie die Islamverbände beteiligt, die sich mit Werten und Freiheiten des Westens wieder und wieder schwertun.

Auch ein weiterer Grundsatz unserer Verfassung wird in dem Impulspapier grundsätzlich negiert. Das Grundgesetz stellt am Beginn des Grundrechtskatalogs das Individuum, den Einzelnen, in den Mittelpunkt. Ganz bewusst werden Grundrechte nicht gewährt, sondern umgekehrt, die Grundrechte eines „Jeden“ sind das Fundament für alles andere. Das bedeutet als Staatsziel, dass der Einzelne und nicht sein Kollektiv im Mittelpunkt der Integrationsbemühungen stehen muss. Die Koalitionsfreiheit, die Vereine oder hier die Migrantenorganisationen sind nur die Folge dieses Prinzips. In dem Impulspapier geht es aber nicht um die Rechte der Migranten, spricht der Bürger, sondern ausschließlich um eine „Teilhabe am Haben und am Sagen“ der Migrantenorganisationen. Die islamischen Verbände als Vormünder der Migranten, die Migranten als Mündel der Migrantenverbände.

Das Ziel des Impulspapiers ist es nicht, den Bürger, die Bürgerin zu integrieren, sondern Gruppenrechte zu institutionalisieren. So wie die Islamverbände immer wieder ihre religiösen Rechte wie auf das öffentliche Beten oder Schächten als Kollektivrecht einfordern, soll nach diesen Vorstellungen das Staatsziel „Teilhabe am Haben und am Sagen“ im Grundgesetz als Kollektivrecht verankert werden.

Das Ziel des Impulspapiers ist es nicht, den Bürger, die Bürgerin zu integrieren, sondern Gruppenrechte zu institutionalisieren.

Darüber hinaus will das Impulspapier die institutionelle Teilhabe von Migranten gemäß ihrem Bevölkerungsanteil, ihrer Religion und Ethnizität. Man fordert eine Quote für Migranten in Institutionen und Führungsetagen, analog der Frauenquote.

Sogenannte „Vielfaltsberater*innen“ der Migrantenorganisationen (MO) sollen unter Anleitung einer Art Zensurbehörde mit dem Titel „Nationaler Rat zur interkulturellen Öffnung“ die Standards zur Interkulturellen Öffnung (IKÖ), die „IKÖ-Checks“

durchsetzen. Man stellt sich wohl so etwas wie ein „Halal“-Zertifikat vor, mit dem das vom islamischen Glauben „Erlaubte“ gekennzeichnet wird. Selbst Gesetze sollen, bevor sie vom Deutschen Bundestag beschlossen werden können, ein IKÖ-Siegel benötigen. Das ist der Versuch, die Parallelgesellschaft auf Staatsebene zu etablieren. Die Migrantenorganisationen wollen ein Veto in Schlüsselstellungen und Entscheidungen in Politik und Gesellschaft. Das ist keine Teilhabe, das ist Landnahme.

Das Impulspapier der Integrationsbeauftragten ist ein sprechendes Beispiel dafür, was passiert, wenn man Migrantenorganisationen und ihren Helfern in den Parteien die Integrationspolitik überlässt. Sie formulieren ihre Ziele selbst und verteilen die Gelder untereinander. Es ist eine Integrationsindustrie entstanden, die weitgehend politisch unkontrolliert Millionensummen solchen Projekten zuschiebt, die die Parallelgesellschaft verfestigen, statt sie aufzulösen. Es geht den organisierten Migranten und ihren Lobbyisten nicht darum, dass die Zuwanderer sich anstrengen, um hier anzukommen, sie sollen sich nicht fragen, was sie für dieses Land tun können, sondern es geht allein um das „Haben und Sagen“, um Partizipation ohne Gegenleistung: Partizipation ohne Integration.

Dass es so weit gekommen ist, liegt auch an den Parteien und politisch Verantwortlichen, die zwar Geld verteilen, aber sich nicht um die wirklichen Probleme kümmern, sondern sie den Migranten und ihren Organisationen überlassen. Die Folgen zeigten sich beim 9. Integrationsgipfel und seinem Ergebnis, dem Impulspapier. Die Islamverbände und ihre politischen Freunde wollen eine andere Republik, dieses Papier ist ihr Masterplan.

Es gibt ein paar politische Möglichkeiten, dies zu verhindern. Erstens: Die Lobbyistin Aydan Özoguz ist am falschen Platz und von ihrer Aufgabe zu entbinden. Zweitens: Das Impulspapier ist zu entsorgen. Drittens: Die Parteien müssen den offenen Diskurs mit allen Beteiligten und nicht nur den Betroffenen über Werte und Freiheiten in unserer Gesellschaft führen. Ziel ist es, einen nachhaltigen Integrationsplan zu entwickeln. Das Wahljahr 2017 ist für diese Debatte bestens geeignet. Zur Abwahl steht der Masterplan für eine andere Republik; denn wenn die kommt, um mit den Worten der Kanzlerin zu sprechen, dann ist das nicht mein Land. ♦

Unsere Autorin Necla Kelek hat 2012 mit „Chaos der Kulturen. Die Debatte um Islam und Integration ein viel beachtetes Statement abgegeben. Ihre Bücher Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland (Köln 2005) und Verlorene Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes (Köln 2006) sind mittlerweile Klassiker.

porta!
möbel & mehr

Mit einer über 50-jährigen Tradition garantiert porta Ihnen stets eine Top-Beratung, besten Service, eine einmalige Produktvielfalt und vieles mehr.

Im tollen Einrichtungshaus in Potsdam finden Sie Qualitätsmöbel von namhaften Markenherstellern wie Hülsta, Rolf Benz, Jeep und Espirit über Alno-Küchen bis hin zur hochwertigen Eigenmarke MONDO und unserer Abteilung Junge Wohntrends zum Mitnehmen. Hier ist für jeden etwas dabei!



Jens Buskies, Geschäftsführer porta-Potsdam

DAS HAUS DER GROSSEN KÜCHENMARKEN:

AEG perfekt in form und funktion	Miele IMMER BESSER
SIEMENS ELEKTROGERÄTE	ALNO Was für eine Küche.
Impressa FASZINATION KÜCHE	no!te KÜCHEN
nobilis	EFF
BOSCH Technik fürs Leben	INTERLINE LIFE STYLE KITCHEN

... und vieles mehr!



FAMILIENZEIT IST WOHLFÜHLZEIT!

Ernst-Dieter-Lueg-Preis 2016

DER HAUPTSTADTBRIEF ehrt den Journalisten Stefan Aust

Die freie Rede und das freie Wort schaffen die Öffentlichkeit, aus der die parlamentarische Demokratie ihre Kraft schöpft. Da fügte es sich gut, dass in Sichtweite des Reichstagsgebäudes, dem Sitz des Parlaments, ein Journalist geehrt wurde, der seit 50 Berufsjahren nie ein Blatt vor den Mund nimmt: Im Gebäude der Parlamentarischen Gesellschaft erhielt Stefan Aust am 30. November 2016 den Ernst-Dieter-Lueg-Preis 2016 „für seine herausragende journalistische und publizistische Lebensleistung“.

Im Festsaal der Parlamentarischen Gesellschaft hielt Bundesaußenminister



FOTO: CHRISTIAN KRUPPA

ter Frank-Walter Steinmeier die Laudatio auf den früheren Spiegel-Chefredakteur und heutigen WeltN24-Herausgeber Stefan Aust. (Im Bild der Minister und der Geehrte nach der Preisverleihung.) Das Verhältnis von Politik und Medien ist eines voller Spannungen und Zweifeln, solange aber der Respekt, den die so gegensätzlichen Akteure voneinander an den Tag legen, hält, so lange sind Kritik und selbst massiver Widerspruch nicht zum Schaden der repräsentativen Demokratie, sondern mehr ihren Nutzen. Der Bundesaußenminister stellte dies mit klaren und deutlichen Worten heraus, war er selbst doch schon Adressat Aust'scher Widerworte.

Im Kreis der anwesenden Gäste, Politiker unterschiedlicher Parteien und Journalisten verschiedener Medien, dazu Unternehmer und Verantwortliche bedeutender Institutionen, fand diese nachdenkliche und dabei unerwartet humorvolle Würdigung viel Beifall, kennen doch alle den schmalen Grad, der Hofberichterstattung von Zustimmung, Schmährede von Einwand und selbst harscher Kritik trennt.

Auf diesen Seiten dokumentiert DER HAUPTSTADTBRIEF, der den Ernst-Dieter-Lueg-Preis seit 2014 vergibt, den angenehm entspannten Abend ausführlich in Wort und Bild.

Der Ernst-Dieter-Lueg-Preis ist ein Ehrenpreis, der die Lebensleistung des Journalisten Ernst Dieter Lueg würdigen möchte. Der Namensgeber war bis 1995 verantwortlich für den Bericht aus Bonn, ein wöchentliches Fernsehmagazin des Ersten Deutschen Fernsehens zum aktuellen politischen Geschehen. Er moderierte die Bonner Runde und lieferte täglich Beiträge für die Tageschau. Seine politische Detailkenntnis und sein unverwechselbarer Stil standen von den 1960er-Jahren an einem Millionenpublikum für journalistische Glaubwürdigkeit.

Zu seinem Gedenken vergibt DER HAUPTSTADTBRIEF den Ernst-

Dieter-Lueg-Preis für herausragende journalistische Leistungen. Preisträger 2014 war Günter Bannas, Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung FAZ, der lange und gründlich die Parteien, ihre Protagonisten und die Entscheidungen der jeweiligen Regierungen kritisch begleitet hat.

Stefan Aust, der Preisträger 2016, ist ebenfalls seit Jahrzehnten einer der markantesten deutschen Journalisten. Er hat als Publizist, als Fernsehproduzent sowie als Drehbuch- und Sachbuchautor zur Meinungsbildung in Deutschland beigetragen – und wird dies in der ihm eigenen streitbaren Weise hoffentlich noch lange tun.



Auf dem Klavier medialer Möglichkeiten gespielt

Begrüßungsrede von Wolfgang Gerhardt zur Verleihung des Ernst-Dieter-Lueg-Preises an Stefan Aust

Wir sind heute hier, um Stefan Aust, dem Preisträger 2016, diesen Abend zu bereiten und ihm den Preis auch zu übergeben. Man meint ja jemanden zu kennen als Spiegel-Chefredakteur, als Herausgeber der Welt, als jemanden, der viel geschrieben hat. Wenn man die Publikationen und die Stilmittel, mit denen er gearbeitet hat, bis hin zum Film auf einem Blatt Papier liest, wundert man sich über die gewaltige Energie und den immensen Fleiß, den er hat. Er hat auf dem Klavier medialer Möglichkeiten wie kaum ein anderer in der Breite gespielt. Und das meistens meisterhaft. Glückwunsch wird nachher ausgesprochen, Herr Aust. Ich höre hier auch auf, weil der Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier diesem Abend in Erwartung weiterer Entwicklungen einen besonderen Glanz verleiht und die Laudatio schon selbst halten sollte und damit nicht eine Vorwegnahme erfolgt. Ich danke Ihnen aber, Herr Minister Steinmeier, dass Sie die Laudatio halten werden. Das ist für uns auch, die Jury, eine große Ehre.

Nachdem uns Detlef Prinz so herzlich begrüßt hat, will ich ihm in Ihrer aller Namen herzlich danken. Er hält den Kreis zusammen, und er bereitet uns zum zweiten Mal jetzt den schönen Abend einer Preisverleihung. Er ist auch der Mann, der die Idee hatte für

einen Preis zur Erinnerung an Ernst Dieter Lueg. Er war mit ihm eng verbunden, beide hatten den HAUPTSTADTBRIEF als erste Information aus der Hauptstadt nach dem Umzug herausgebracht. Er hatte sich später genau überlegt, wer außer der Bekanntschaft mit Ernst Dieter Lueg doch vielleicht engere freundschaftliche Beziehungen haben könnte, und ihm war daran gelegen, den Kreis auch sehr offen zu gestalten. Dass Ulrich Deppendorf, Klaus Bresser, Wolfgang Clement und Detlef Prinz selbst mit Ernst Dieter Lueg lange bekannt waren, war klar. Mich überraschte die Einladung in die Jury etwas. Ich war ja sozusagen der Benjamin in dieser Gruppe, der zu allerletzt zu einem Zugang zu Ernst Dieter Lueg gekommen war. Wenngleich mich unwahrscheinliche Eindrücke schon mit ihm in Verbindung gebracht haben, wenn man die berühmten früheren Bonner Berichte sieht, eine ausgezeichnete journalistische Leistung.

Ernst Dieter Lueg hat, und das will ich gar nicht von Friedrich Nowotny in meinem Eindruck meiner ersten Schritte in die Politik trennen, auf mich, zusammen mit Nowotny, einen unglaublichen Eindruck hinterlassen durch die fast dokumentarische Bonner-Berichte, in die Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung hineinspielen. Das konnten die beiden sehr gut. Ich halte diese Politik-



Dr. Wolfgang Gerhardt (links) und Barbara Lueg, die Tochter des verstorbenen Ernst Dieter Lueg, überreichen Stefan Aust „für seine herausragende journalistische und publizistische Lebensleistung“ die Urkunde und die Medaille des Ernst-Dieter-Lueg-Preises 2016.

FOTO: CHRISTIAN KRUPPA

berichterstattung noch heute für eine der authentischsten, sichersten und informativsten Sendungen, die ich je im deutschen Fernsehen gesehen habe. Das Format und die beiden Akteure bleiben uns bis heute unvergessen.

Als wir zum ersten Mal zusammensaßen, um diese Preisidee zu besprechen, war Wiltraud Lueg noch dabei. Wir unterhielten uns über Günter Bannas, den ersten Preisträger, der heute hier unter uns ist. Ich will diese kurze Ansprache nicht halten, ohne auch an Wiltraud Lueg zu denken. Sie fehlt uns. Und auch denen, die mit Ernst Dieter Lueg durch berufliche Tätigkeiten eng verbunden waren. Sie war in unserem Gesprächskreis Mitglied. Wir haben sie zur Verleihung nach Namen gefragt, wen sie denn vorschlagen würde. Sie hatte sich auf die letzte Verleihung schon unendlich gefreut und musste wenige Tage vorher krankheitsbedingt absagen. Wir haben das sehr bedauert. Sie hatte eine große Breite von Interessen. Sie war eine Frau, die unglaublich interessiert war – und kompetent, öffentliche Angelegenheiten zu diskutieren. Sie war zurückhaltend, sie hatte aber ein klares Urteil. Wir werden sie nicht vergessen.

Dr. Wolfgang Gerhardt ist Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Er sprach als Mitglied der Jury des Ernst-Dieter-Lueg-Preises.

Stationen eines deutschen Journalistenlebens

50 Jahre multimedial: Stefan Aust ist die leibhaftige Symbiose von Print und TV

Seit einem halben Jahrhundert prägt Stefan Aust als „Wettermacher“ das Klima der deutschen Medienlandschaft maßgeblich mit. „Wettermacher“ – so ist das ihm gewidmete Kapitel in dem Buch *Die Alpha-Journalisten. Deutschlands Wortführer im Porträt* aus dem Jahr 2007 überschrieben. Und dieser Prozess der journalistischen Formgebung auf hohem Niveau ist noch lange nicht abgeschlossen; denn als Welt-Herausgeber ist der Ernst-Dieter-Lueg-Preisträger – seit September 2016 vitale 70 Jahre alt – verantwortlich für eines der derzeit größten und ambitioniertesten Projekte der deutschen Verlagsbranche: die Zusammenlegung der Welt-Gruppe mit dem TV-Sender N24 zu einem „Multimedialium“ – einer für die auflagenschwundbedrohte Medienbranche möglicherweise wegweisenden Kombination aus Printprodukt, Internet-Newsportal und Fernsehsender.

Das marktfähige Gelingen dieser Verschmelzung freilich ist Zukunftsmusik; denn „die perfekte Synthese aus Print, Online und Fernsehen ist noch nicht in Sicht“, wie Stefan Aust selbst Mitte November 2016 dem Branchen dienst *Werben & Verkaufen* W&V sagte. Viel zu tun also, und ebenso unerschrocken kühl wie scheuklappenlos nach vorn zu blicken – eine Fähigkeit, die Stefan Aust unter



Fernsehmann Aust 1977 moderiert das Politmagazin Panorama.

FOTO: PICTURE ALLIANCE

anderem auf den Chefesseln der wichtigsten deutschen Medien jahrzehntelang geschäftet und unter Beweis gestellt hat.

Begonnen hat sein journalistisches Schaffen 1966 bei der linksorientierten Zeitschrift *konkret*, gefolgt von einem Redakteursposten bei den *St. Pauli Nachrichten*. 1970 wandte sich Aust dem Fernsehen zu. Von 1972 bis 1986 war er beim Norddeutschen Rundfunk NDR Redakteur für das Magazin *Panorama*. Dort deckte er unter anderem auf, dass der damalige baden-

württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger als Militärjurist noch kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs Todesurteile gegen fahnenflüchtige Soldaten der Wehrmacht verhängt hatte. Der öffentliche Druck, der dadurch entstand, zwang Filbinger zum Rücktritt.

1985 erschien Austs Buch *Der Baader Meinhof Komplex*, in dem er die frühe Geschichte der Rote Armee Fraktion (RAF) beschreibt – und das zu einem internationalen Bestseller wurde. 1986 kommt der im selben Jahr mit dem *Goldenen Bären* ausgezeichnete Spielfilm *Stammheim* von Reinhard Hauff über den gleichnamigen Prozess und den Tod mehrerer angeklagter RAF-Angehöriger in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim heraus – Drehbuch: Stefan Aust.

1988 folgt sein Buch *Mauss. Ein deutscher Agent*. In dieser Reportage über einen „deutschen James Bond“ und dessen Verhaftung in Kolumbien enthüllte Aust ein Beispiel der Verknüpfung privater und staatlicher Interessen bei der Verbrechenbekämpfung jenseits des Rechtsstaats, ein Beispiel für den Dilettantismus und die Skrupellosigkeit, mit denen die beteiligten Institutionen sich des Agenten Mauss bedienten.

Ebenfalls 1988 ein weiterer Meilenstein in Stefan Austs Karriere: Er wird Chefredak-



Chefredakteur Aust 1995 an seinem Schreibtisch mit Blick auf Hamburg beim Nachrichtenmagazin Der Spiegel.

FOTO: ULLSTEIN BILDTHEATRE

teur für das *Spiegel TV Magazin* und beginnt mit einem unaufgeregten, aber faktenreichen dokumentarischen Stil eine gewinnbringende Verlagsabteilung daraus zu entwickeln, was 1990 zur Gründung der Spiegel TV GmbH durch Aust und drei Mitstreiter führt.

1994 dann die Rückkehr zum Printmedium: Stefan Aust wird Chefredakteur des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, dem er bis März 2008 vorstehen wird. Aus dieser langen Zeit ist er vielen in Erinnerung. Seit 2008 Autor von

TV-Dokumentationen, seit 2010 beim Nachrichtensender N24 als Gesellschafter und Geschäftsführer, wird Aust 2014 zum Herausgeber von WeltN24 und ist nun dabei, das „Multimedialium“ flügge zu machen.

Sein jüngstes Buch ist Ende September 2016 erschienen: *Hitlers erster Feind – Der Kampf des Konrad Heiden*. Darin porträtiert Aust Konrad Heiden, Journalist bei der *Frankfurter Zeitung* und Autor einer zweibändigen Hitler-Biographie, die 1936/37 im Exil in der Schweiz herauskam und aus seiner Zeitzeugen-Perspektive Adolf Hitlers Aufstieg nachzeichnet.

Der Ernst-Dieter-Lueg-Preis 2016 ist die letzte in einer langen Reihe von Auszeichnungen, mit denen das publizistische Schaffen des „Wettermachers“ gewürdigt worden ist – herzlichen Glückwunsch! HG

Journalisten sind vor allem Aufklärer

Dankesrede von Stefan Aust

Was soll man dazu sagen? Erst einmal vielen Dank an die Jury. Ich glaube, mit dem einen oder anderen Mitglied derselben habe ich mich auch schon mal angelegt – danke für Ihren Großmut! Und ganz besonderen Dank natürlich an den Laudator Frank-Walter Steinmeier – der auch im Laufe seiner politischen Karriere nicht immer gut auf mich zu sprechen war.

Vielen Dank an Ernst Dieter Lueg, der durch 31 Jahre *Bericht aus Bonn* zu einer wirklichen Legende wurde und diesem Preis deshalb seinen Namen verlieh. Unerschrocken war er, selbst Herbert Wehner gegenüber, der ihn deshalb mit „Herr Lüüg“ ansprach – was vielleicht als frühe Anspielung auf einen altmodischen Begriff, der wieder in Mode gekommen ist, betrachtet werden kann.

Dass Reportern, Journalisten, Medien der Ü-Vorwurf gemacht wird, wenn sie über Unerwünschtes berichten, ist ja nicht neu, hat aber Konjunktur. Und ich glaube, man darf es sich nicht zu einfach machen, derartige Vorwürfe zurückzuweisen oder

zu ignorieren – ganz egal, von wo sie kommen.

Journalisten sind vor allem Aufklärer. Sie sollen die Welt möglichst so darstellen, wie sie ist. „Schreiben, was ist“, so hat Rudolf Augstein das auf den Punkt gebracht. „Der Journalist“, so schrieb er, „hat nicht das Mandat, Wahlen zu gewinnen und Parteien zu promovieren. Er gerät auf die Verliererstraße, wenn er versucht, Kanzler und Minister zu machen, große oder kleine Koalitionen zu begünstigen, kurz, wenn er der Versuchung erliegt, Politik treiben zu wollen. Unternimmt er es dagegen, Erkenntnissen zum Durchbruch zu verhelfen und zu sagen, was ist, dann ist er mächtig.“ Das war keine falsche Bescheidenheit, sondern Einsicht in die wirkliche Wirksamkeit der Presse. Dass er sich selbst nicht immer an seine Maxime gehalten hat, steht natürlich auf einem anderen Blatt. Und dennoch glaube ich, dass eine Rückbesinnung auf die Grundsätze einer ganz altmodischen Aufklärung – ohne allzu viel eigenes Sendungsbewusstsein – durchaus am Platze wäre.

Wir haben in den letzten Monaten sehr deutlich sehen können, dass nicht



Stefan Aust bedankt sich für den Ernst-Dieter-Lueg-Preis, den er am 30. November 2016 für seine „herausragende journalistische und publizistische Lebensleistung“ erhielt.

FOTO: CHRISTIAN KRUPPA

nur die Demoskopien in ihren Vorhersagen oft erschreckend daneben lagen, sondern auch die Mehrzahl der Medien. Oft waren sie von Wunschen getrieben.

Das war in der Flüchtlingsfrage besonders deutlich. Flüchtlingstrecken, so hatten wir monatelang auf Fotos und Fernsehbildern gesehen, bestehen im Wesentlichen aus Familien mit Kindern, die über Wiesen und Feldwege zu Fuß zu uns kommen, um vor Krieg und Terror Schutz zu suchen. Dass es vor allem junge Männer waren, die aus den Armuts- und Krisengebieten der Welt zu uns kamen, wurde allzu oft unterschlagen. Plötzlich, nach der Silvesternacht in Köln, waren alle überrascht und entsetzt. Der gute Flüchtling mutierte zum bösen Mann. Dann war die Welt wieder korrekt in Ordnung.

Grenzen konnten nicht gesichert werden – bis es die Balkanstaaten taten. Der Brexit konnte nicht kommen – bis die Briten entgegen allen politischen, demoskopischen und journalistischen Prognosen anders als gewünscht und erwartet abstimmten. Die AfD? Bleibt unter 5 Prozent, keine Frage. Wer wählt denn die? Trump

würde nie gewinnen – er tat es dennoch. Vielleicht hatten sich die Medien zu viel mit seinen Entgleisungen und zu wenig mit seinen potentiellen Wählern beschäftigt. Vielleicht waren viele Medien – aus den besten Gründen der Welt – zu sehr Partei, um die Realität so wahrzunehmen und darzustellen, wie sie ist. Ein allzu großes Sendungsbewusstsein verschleiert manchmal den Blick – weil nicht sein darf, was nicht sein darf.

Aber ich will hier auch nicht zu viel journalistisches Sendungsbewusstsein präsentieren. Nur noch ein bisschen so weitermachen wie bisher. Themen gibt es genug. Das Privileg, in langweiligen Zeiten zu leben, scheint vorbei zu sein. Aber vielleicht kommt uns die Gegenwart auch immer dramatischer vor als die Vergangenheit, denn wir wissen ja nicht, was daraus wird. In diesem Sinne bedanke ich mich für das Privileg, in aufregenden Zeiten immer noch mitmischen zu dürfen.

Und wenn das dann auch noch mit einem Preis bedacht wird, freue ich mich ganz besonders. Das damit verbundene Preisgeld wird wieder investiert: in Recherchen. ♦



Bundesaußenminister und Laudator Dr. Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit Manfred Braun, Geschäftsführer der Funke Mediengruppe (rechts), und Jörg Quoss, Chefredakteur und Leiter der Funke-Zentralredaktion.



Die Töchter von Ernst Dieter Lueg, Barbara Lueg (links), und Konstanze Lueg (rechts), im Gespräch mit Evelyn Bresser (2. von links) und Katrin Hinrichs-Aust (2. von rechts).



Prof. Dr. Karl-Max Einhüpl (rechts), Vorstandsvorsitzender der Charité, im Gespräch mit Jochim Stoltenberg, Berliner Morgenpost.



Tom Buhrow, Intendant des Westdeutschen Rundfunks WDR (links), mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag, Thomas Oppermann.



Verleger Dr. Dirk Ippen (links) und Ehefrau Marlene Ippen im Gespräch mit Verleger Manuel Herder.



Thomas Roth, langjähriger Moderator der ARD-Tagesthemen (rechts), mit Sabine Rau, ARD-Hauptstadtstudio, und Kay Walter.

ALLE FOTOS: CHRISTIAN KRUPPA

Die Chronistin der letzten Tage des alten Schlosses

Eine Ausstellung im Centrum Judaicum erinnert an Eva Kemlein – eine Fotografin, deren großes Motiv die Stadt Berlin war. Von ihr wissen wir, wie das Stadtschloss vor seinem Abriss aussah | Von Sabine Lueken

Berlin lebt auf!“ So stand es fett und rot unterstrichen auf dem Titelblatt der ersten Ausgabe der „Berliner Zeitung“ vom 21. Mai 1945. Es folgte der Abdruck einer Rede von Nikolai Bersarin, dem sowjetischen Generaloberst und ersten sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin. Eine Stadt lebt auf – das traf auch für Eva Kemlein persönlich zu. Die letzten drei Jahre hatte sie nur dank der Hilfe mehrerer „stiller Helden“, die ihr Obdach und Schutz gewährt hatten, überlebt. Gerade einmal drei Wochen zuvor erst war sie aus einem Kellerversteck in der Nymphenburger Straße in Berlin-Schöneberg von Soldaten der Roten Armee befreit worden – und veröffentlichte soeben ihr erstes Foto. Was dann geschah, das steht im Zentrum der gleichnamigen Ausstellung über ihre Arbeit und ihr Leben.

Eva Kemlein, die Urberlinerin, geboren am 4. August 1909, stammte aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie, sie war Urenkelin des Komponisten Giacomo Meyerbeer. Als sogenanntes „U-Boot“ hatte sie sich, zusammen mit ihrem Lebensgefährten, dem Schauspieler und Dramaturgen Werner Stein, seit August 1942 an 30 verschiedenen Orten versteckt und so die letzten drei Jahre der nationalsozi-



Sabine Lueken ist Historikerin, Publizistin und Lehrerin in Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF besuchte sie die Ausstellung „Berlin lebt auf!“ Die Fotojournalistin Eva Kemlein 1909 – 2004“ im Centrum Judaicum der Neuen Synagoge in Berlin-Mitte, die eindrücklich das Leben in Berlin unmittelbar nach Kriegsende und die Demontage und den Abriss des alten Berliner Stadtschlosses dokumentiert. FOTO: MATTHIAS REICHERT

alistischen Diktatur überlebt. Eigentlich hatte sie nach der Ausbildung als medizinisch-technische Assistentin an der Berliner Lette-Schule Medizin studieren wollen – stattdessen musste sie 23-jährig nach der Machtübernahme Hitlers emigrieren. Mit ihrem ersten Mann, dem Journalisten Herbert Kemlein, ging sie 1933 nach Griechenland, und dort begann sie auch zu fotografieren. Aber Griechenland, seit 1936 von General Metaxas diktatorisch regiert, wies das Paar schließlich wieder aus und zahllose andere Flüchtlinge aus Deutschland auch – um „kein Ausländerproblem zu schaffen und nicht Berlin zu provozieren“, wie der Historiker Hagen Fleischer 2001 über diese Epoche griechischer Kollaboration notierte.

1937 zurück in Berlin, ließ sich Herbert Kemlein scheiden, die „Mischehe“ brachte ihm Schwierigkeiten. Eva Kemlein verwarf den Gedanken an einen erneuten Emigrationsversuch, sie wollte ihre Mutter nicht im Stich lassen und blieb. 1940 wurde sie zur Zwangsarbeit verpflichtet, zuerst bei Siemens, dann in einem Lumpensortierbetrieb in der Kreuzberger Monumentenstraße. Im August 1942 holte man die Mutter aus der gemeinsamen Wohnung ab und deportierte sie nach Riga in den Tod. Eva Kemlein konnte untertauchen.

Die Befreiung im Frühjahr 1945 glich einer persönlichen und beruflichen Wiedergeburt. Mit unbedingtem Willen zum Optimismus startete sie ihr zweites Leben als Fotoreporterin: In den ersten Maitagen 1945 standen der Moskauer-Emigrant Rudolf Herrstadt, später Chefredakteur der „Berliner Zeitung“, und der Schriftsteller Fritz Erpenbeck vor der Tür ihrer Wohnung in der Künstlerkolonie am Breitenbachplatz, die sie gerade mit Werner Stein hatte beziehen können, und fragten: „Hast du noch 'ne Kamera?“ Eva Kemlein fuhr gleich mit ihnen in die Redaktion – ihre Leica hatte sie unter der Lebensgefahr der letzten Jahre gerettet.

Zunächst fotografierte sie die unglaublichen Lebensumstände im



Erinnerung: Blick zwischen kriegsbeschädigten Häusern hindurch auf das Stadtschloss und dessen ausgebrannte Kuppel vor dem Fall. Schon neigt sich die ganze Konstruktion zur Seite. FOTO: BRANDENBURGISCHES LANDESAMT FÜR DENKMALPFLEGE (BLDM)



Abschied: Im Augenblick der Sprengung der Ruine des Stadtschlosses am 16. September 1950 sackt die Fassade in sich zusammen. FOTO: BLDAM

zerstörten Berlin: Ein Mann pflügt mit einem Pferdegespann im abgeholzten Tiergarten. Eine Frau hackt das eingefrorene Wasserreservoir in ihrer Badewanne auf. Zwei Jungs, schon ganz amerikanisch frisiert, sind glücklich über eine Schachtel Lucky Strikes, die neue Währung. Ein Haufen Stahlhelme liegt aufgetürmt in einem Hinterhof, daraus machten pfiffige Berliner dann Kochtöpfe.

1948 bekam Kemlein eine Stelle bei ILLUS, der Illustrationszentrale für Presse, Buch und Werbung des (Ost-)„Berliner Verlags“ in der Jägerstraße 64. Mit Selbstauslöser porträtierte sie sich 1950 dort vor dem Haus sitzend als selbstbewusste Fotografin mit Kamera, Kostüm und Aktentasche. Ein anderes Foto eines Kollegen, Paul Iglarz, zeigt sie als Künstlerin hinter der Kamera – zierlich, dunkelhaarig und schön steht sie in den Ruinen des Berliner Stadtschlosses, dessen Abriss sie im Auftrag der DDR-Regierung dokumentierte. Bei ILLUS wurde es ihr freilich schnell langweilig, und sie mochte nicht immer nur das fotogra-

Das Motiv, das Eva Kemlein am meisten fotografiert hat, ist das Stadtschloss. Über 3000 Bilder machte sie von seinem Abriss.

fieren, was man ihr auftrag – denn das waren überwiegend Versammlungen. Deshalb arbeitete sie ab 1950 freiberuflich.

Sie begeisterte sich für die Theaterproduktionen des 1948 nach Berlin zurückgekehrten Bertolt Brecht und verbrachte Stunden bei den Proben beim Berliner Ensemble und im Deutschen Theater Wolfgang Langhoffs. So begann ihre Karriere als Theaterfotografin. Die Aufnahmen, die sie von ihrem Freund, dem Schauspieler Ernst Busch, der ebenfalls in der Künstlerkolonie lebte, machte, und von Ost-Berliner Kulturikonen wie Helene Weigel und Heiner Müller, sind markant und einzigartig. Und noch in der Schaubühne am Lehniner Platz war die Fotografin in den 1980er-Jahren mit ihrer Kamera Dauergast.

Das Motiv aber, das Eva Kemlein mit Abstand am meisten fotografiert hat, ist das Berliner Stadtschloss. Abbau und Sprengung des historischen Baus begleitete sie mit über 3000 Bildern – vom Verladen der Götterfiguren von Andreas Schlüter, der Bronzestatur des Heiligen Georg im Kampf mit dem Drachen von August Kiss und anderer kunsthistorisch bedeutender Figuren bis zum Augenblick des Herunterbrechens der Fassaden bei der



Davongekommen: Zwei Berliner Jungs mit amerikanischen Zigaretten 1945 auf dem Schwarzmarkt. FOTO: STIFTUNG STADTMUSEUM BERLIN



Erfindungsreich: Stahlhelme zu Kochtöpfen, das Rohmaterial für die improvisierte Manufaktur liegt aufgetürmt in einem Hinterhof. FOTO: STIFTUNG STADTMUSEUM BERLIN



Bühnenbild: Helene Weigel als Mutter Courage in dem gleichnamigen Theaterstück von Bertolt Brecht 1949. FOTO: STIFTUNG STADTMUSEUM BERLIN



Schnappschuss: Die Fotografin Eva Kemlein 1945 mit ihrer Leica, die sie all die Jahre im Versteck gehütet hatte. FOTO: STIFTUNG STADTMUSEUM BERLIN

Die „stillen Helden“ und das lange Wohl ihres Wirkens

In Berlin überlebten rund 1700 jüdische Einwohner nur dank der oft selbstlosen und stets riskanten Hilfe von Mitbürgern

Stille Helden“ – unter diesem Begriff wird die Erinnerung an all jene wachgehalten, die während der nationalsozialistischen Diktatur im Deutschen Reich und den von ihm besetzten Gebieten verfolgten jüdischen Mitbürgern halfen zu überleben. Sie besorgten Lebensmittel, beschafften falsche Papiere, leisteten Fluchthilfe, stellten Quartiere zur Verfügung oder versteckten die Verfolgten bei sich. Dabei gefährdeten sie sich selbst. Auch Eva Kemlein wurde drei Jahre lang an 30 verschiedenen Orten in Berlin verborgen und versorgt. Ohne diese Hilfe von Menschen, die

die Kraft fanden, sich trotz der Angst vor der Gestapo und um die Unversehrtheit der eigenen Person und die Sicherheit der Familie nicht davon abhalten zu lassen zu helfen, hätte die Fotografin wohl nicht überleben können – und ihre Bilder, die nun in der Ausstellung „Berlin lebt auf!“ zu sehen sind, wären nie entstanden.

Das Handeln der „stillen Helden“ zeigt, dass es selbst im nationalsozialistisch regierten Deutschland Möglichkeiten gab, dem eigenen Gewissen zu folgen, sich dem Regime zu widersetzen und Verfolgte zu retten. Häufig entwickelten sich dabei Netz-

werke – für jeden Untergetauchten waren bis zu zehn, bisweilen auch noch mehr nichtjüdische Unterstützer aktiv. In Deutschland überlebten insgesamt etwa 5000 sogenannte „U-Boote“, davon über 1700 in Berlin. Sechs der namentlich bekannten Berlinerinnen und Berliner, die Eva Kemlein und ihren Lebensgefährten Werner Stein retteten, ist die Ausstellung „Berlin lebt auf!“ gewidmet.

Seit 2008 erinnert die Gedenkstätte Stille Helden in der Rosenthaler Straße 39 am Hackeschen Markt an diesen lange übersehenen Widerstand gegen die Judenverfolgung. Täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet, Eintritt frei.

Sprengung im September 1950. Ihre Aufnahmen sind jetzt eine wertvolle Rekonstruktionshilfe beim Bau des Humboldt-Forums in der wiederaufstehenden Schlosskulisse.

Zeit ihres – zweiten – Lebens (sie starb 95-jährig am 8. August 2004) wohnte Eva Kemlein in West-Berlin in der Künstlerkolonie am Breitenbachplatz, arbeitete aber überwiegend in Ost-Berlin. Der Journalistin Magdalena Kemper sagte sie einige Zeit nach dem Mauerfall, dass sie ihre Wurzeln, ihre Freunde, ihre wichtigsten Eindrücke, ihr Lebenselixier nur „drüben“ habe. Im Ostteil der Stadt war sie als „rassisch Verfolgte“ anerkannt, der West-Berliner Senat hingegen hatte ihr diesen Status Anfang der 1950er-Jahre verweigert mit der Begründung, sie sei „als Bildreporterin für einen

Eva Kemlein fotografierte 1945 die unglaublichen Lebensumstände im zerstörten Berlin.

sowjetischen Verlag im sowjetischen Sektor tätig“. Die beschämenden Dokumente können in der Ausstellung nachgelesen werden.

Eva Kemlein hat ihre insgesamt über 300 000 Fotos bereits zu Lebzeiten dem Berliner Stadtmuseum vermacht. Man sähe gern noch viel mehr von ihren eindrücklichen Bildern aus dem beschwerlichen, befreiten Alltag im Berlin von 1945/46, als für die – zudem leider nicht überall zufriedenstellend ausgeleuchtete – Ausstellung im Centrum Judaicum zusammengestellt worden sind. Unbedingt empfehlenswert ist deshalb neben dem Besuch der Ausstellung der Erwerb des Begleitbands zur Ausstellung, der neben allen gezeigten Fotos und Dokumenten auch weiterführende, zum Teil sehr persönliche Beiträge von Zeitgenossen über ihre Begegnungen mit Eva Kemlein enthält. ♦

„Berlin lebt auf!“ Die Fotojournalistin Eva Kemlein (1909 – 2004). Stiftung Neue Synagoge Berlin Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28/30, 10117 Berlin. Bis 30. April 2017, geöffnet Sonntag bis Donnerstag von 10 bis 18 Uhr und Freitag von 10 bis 15 Uhr. Eintritt 5 Euro, ermäßigt 4 Euro. Der Begleitband, erschienen im Verlag Hentrich & Hentrich, kostet 14,90 Euro. www.centrumjudaicum.de

Ergänzend zum Thema Stadtschloss, dessen Ende Eva Kemleins Bilder festhalten, bietet sich ein Besuch der Ausstellung „Schloss.Stadt.Berlin – die Residenz rückt in die Mitte (1650 – 1800)“ im Ephraim-Palais an. Sie zeigt die Anfänge des Schlosses. Poststraße 16, 10178 Berlin. Bis 23. April 2017, geöffnet Dienstag, Donnerstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Mittwoch 12 bis 20 Uhr. Eintritt 8 Euro, ermäßigt 6 Euro, jeden ersten Mittwoch im Monat ist der Eintritt frei. www.stadtmuseum.de/ausstellungen/schloss-stadt-berlin

Der Respekt gegenüber der alten Bausubstanz ist oberstes Gebot

Am Berliner Schinkelplatz wächst ein Neubauenensemble, das gleich gegenüber dem wiederauferstehenden Stadtschloss liegt. Das neue alte Quartier Mitte wird das Quartier in Europa | Ein Hauptstadtgespräch mit Rafael Moneo

Direkt am Schinkelplatz im historischen Zentrum Berlins zwischen Friedrichswerderscher Kirche und Bauakademie – deren Rekonstruktion nun beschlossene Sache ist, seit der Bundestag am 11. November 2016 die Mittel dafür freigegeben hat – entsteht derzeit ein Neubaukomplex mit Wohnungen, zwei Gastronomieeinheiten und Büros. Der spanische Architekt Rafael Moneo ist dabei für den südlichen Abschluss, den Neubau gegenüber dem Auswärtigen Amt, zuständig. Sein Gebäude wird von der Friedrichswerderschen Kirche und der Berliner Bauakademie gerahmt, beide sind Bauten nach Entwürfen von Karl Friedrich Schinkel. Rafael Moneo hat mehrfach betont, wie sehr er sich in der Verantwortung sieht, die mit dem Planen und Bauen in einem architektonisch so herausragenden Umfeld, dem neuen alten Quartier Mitte, einhergeht.

DER HAUPTSTADTBRIEF: Herr Moneo, wieso ist Karl Friedrich Schinkel heute noch ein Baumeister, dessen Werk auch einen Stararchitekten wie Sie zur Bescheidenheit mahnt? Und wie spiegelt sich das in Ihrem Entwurf für den Schinkelplatz wider?

Mein Entwurf hält sich im Hintergrund, um den beiden benachbarten Schinkel-Gebäuden Tribut zu zollen.

RAFAEL MONEO: Jeder, der Architektur liebt, kennt die Bedeutung Schinkels für die Geschichte der Architektur. Sein Erbe zu respektieren, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Das neu entstehende Gebäude muss gut proportioniert und harmonisch sein und dabei die Lehren der Bauakademie widerspiegeln. Das heißt, dieses Projekt ist ein schwieriges und birgt ein Risiko. Aber dieses Risiko enthält gleichzeitig eine Faszination und macht die Aufgabe attraktiv für mich. Die Aufgabe besteht darin, den beiden benachbarten Schinkel-Gebäuden Tribut zu zollen. Mein Entwurf hält sich im Hintergrund – er will nicht die



Rafael Moneo ist Architekt in Madrid. Er ist Träger zahlreicher Auszeichnungen und Ehrenmitglied im Bund Deutscher Architekten. 2013 widmete ihm das Instituto Cervantes in Frankfurt am Main eine Ausstellung mit dem Titel „Rafael Moneo – Modelle für die Stadt“. Im Gespräch mit dem HAUPTSTADTBRIEF gewährt Rafael Moneo einen Einblick in die architekturtheoretische Konzeption seines Neubauprojekts am Schinkelplatz, dessen südlichen Bereich er gestaltet.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DEFA/JUANJO MARTIN

erste Geige spielen, sondern die Lücke zwischen Friedrichswerderscher Kirche und Bauakademie angemessen füllen. Es geht darum, zwischen zwei historischen Bauten einen Übergang zu schaffen. Deshalb bin ich froh, dass der eine noch fehlende Bau, die Bauakademie, nun alsbald wiedererstanden soll; denn erst dann erhält die Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart eine Zukunft.

Im Umfeld des Schinkelplatzes sind in den letzten Jahren etliche Neubauten entstanden. Wie passen Vergangenheit und Zukunft Ihrer Meinung nach bei bereits realisierten Bauvorhaben zusammen?

Diese Frage geht weit über den Schinkelplatz hinaus, sie bezieht sich auf die ganze Stadt. In Berlin gab es nach dem Mauerfall noch viel alte Substanz, aber vieles musste auch neu gebaut werden. Da stellt sich die Frage: Wie kann man beim Bauen von Neuem die Reste der Vergangenheit einbeziehen, ohne dass die Stadt ihren Charakter verliert? Das braucht eine gewisse Verhältnismäßigkeit – und die architektonische Sprache muss beibehalten werden, sodass die alten Gebäude sich wohlfühlen mit den neuen Gebäuden, die dazugekommen sind. Das ist eine schwierige Aufgabe. Dafür muss man oft die Maße und Produktionsmechanismen der Vergangenheit beibehalten, obwohl man jetzt mit modernen Techniken arbeitet.

Heißt das, die Neubauten am Schinkelplatz unter Ihrer Beteiligung könnten als Referenz dienen für weitere Neubauten im Umfeld von alter Bausubstanz?

Nein, das heißt es nicht. Wir müssen auch Neubauten schaffen, die nicht nach den Parametern der alten Stadt gebaut werden. Berlin war im ersten

Drittel des 20. Jahrhunderts bis in die 1930er-Jahre Vorreiter bei neuer Architektur. Die Idee der Gartenstadtsiedlungen ist hier entstanden. Das war sehr innovativ und ist wunderbar gelungen. Da wurden Lösungen angeboten für Wohnhäuser, die die Vielfalt der Stadt widerspiegeln. Solche Neubauten sollte die Stadt weiterhin schaffen. Etwas anderes ist natürlich der alte Stadtkern, in dem Geschichte noch gelebt wird. Und da ist der Schinkelplatz ein sehr gutes Beispiel: Damit muss man extrem respektvoll umgehen. Der Respekt gegenüber der alten Bausubstanz ist hier oberstes Gebot.

Die Gartenstadtsiedlungen, die sie erwähnen, wurden für andere Menschen geschaffen als die, die sich am Schinkelplatz ansiedeln werden – für weniger Wohlhabende. Wer wird in Ihrem Neubau wohnen und arbeiten?

Es ist grundsätzlich schwierig, diesen Standort als Wohngegend zu sehen. Die historischen Zentren von Städten wie Berlin sind heute nicht mehr so zum Wohnen geeignet wie früher. Das muss man akzeptieren. Diese Viertel haben viele neue Aufgaben übernommen, die nicht immer mit der alten Wohnfunktion kombinierbar sind. Da geht es jetzt in erster Linie um institutionelle und kommerzielle Funktionen, um Unternehmenssitze und Unterhaltungsaktivitäten. Und es ist ein schöner Traum, man könne das alles in den Zentren bedienen und zudem auch noch dort wohnen.

Der Schinkelplatz wird in hundert Jahren wahrscheinlich noch so aussehen, wie er bald aussehen wird.

Wenn man als Architekt im Herzen einer Stadt baut, muss man dafür sorgen, dass es nicht zu künstlich wird. Aber der Versuch, die Vergangenheit zu respektieren, kann auch auf eine Imitation der Vergangenheit hinauslaufen. Es ist keine leichte Aufgabe, sich vom Erscheinungsbild des Gestern zu befreien und gleichzeitig respektvoll mit der Vergangenheit einer Stadt umzugehen. In Berlin war das beson-



Neues Bauen zwischen historischen Baudenkmalern: Der südliche Bereich des Neubauprojekts am Schinkelplatz, den Rafael Moneo gestaltet, füllt den Raum zwischen Friedrichswerderscher Kirche (links) und Bauakademie (rechts), deren Rekonstruktion beschlossene Sache ist. Gegenüber liegt das Außenministerium (nicht im Bild). Hinter der Bauakademie zeigt die Simulation die Kuppel des Stadtschlosses und den Fernsehturm.

FOTO: FRANKONIA EUROBAU AG



Altes Bauen mit historischen Gebäuden, als sie noch keine Baudenkmalere waren: Auf dem Foto ist gut zu erkennen, dass die Friedrichswerdersche Kirche (Bildmitte) einst eng in eine vorhandene Bebauung einzufügen war, eine große Leistung Schinkels. Frei nur seine Bauakademie (rechts im Bild). Der für das Neubauprojekt zuständige Architekt Rafael Moneo hat umgekehrt seinen Entwurf den alten Gegebenheiten angepasst.

FOTO: LANDESARCHIV BERLIN

ders schwierig. Die Stadt hat sich nach dem Mauerfall rasant verändert. Dabei sind häufig Gebäude nach altem Muster entstanden, aber mit neuen Techniken – und da entsteht manchmal ein Gefühl der Versteifung.

Bitte nennen Sie ein Beispiel.

Am Potsdamer Platz etwa haben berühmte Architekten sehr schnell ihre Ideen zusammengebracht und umgesetzt, ohne ausreichend zu diskutieren, wie es danach weitergehen soll. Da fehlt es meiner Meinung nach an Überzeugungskraft, warum es so und nicht anders gemacht worden ist.

Sie sagten, man dürfe nicht nur die Vergangenheit imitieren, wenn man neu baut. Wo sehen Sie das in Berlin?

Ich sehe bei vielen Neubauten, dass man sich sehr auf die Fassade konzentriert. Sie wird zum Mittelpunkt des Gebäudes. Das war bei den alten Architekten nicht so – da gab es eine Vision für das Ganze. Dazu gehörten im 19. Jahrhundert auch der Hinterhof und die ganze Typologie des Gebäudes. Die Fassade war eingebettet in dieses Modell. Das wird heute oft nicht beachtet bei Bauten, die versuchen, die Vergangenheit nachzuahmen. Wir müssen über die Fassade hinaus die ganze komplexe Realität der Gebäude betrachten. Denn sonst entsteht etwas Künstliches, wie es in Berlin eben oft der Fall ist.

Die Immobilienpreise steigen rasant, und vielen Berlinern macht das Sorgen. Wie sehen Sie die Ent-

wicklung von Berlin als Stadt zum Wohnen?

In allen Städten werden die Wohnflächen im Zentrum viel zu teuer. Traditionell war der Wohnzweck ein Hauptanliegen der Städte, die architektonische Substanz basierte auf dieser Funktion der Stadt als Wohnort. Heute ist Wohnen nicht mehr die Basis und nicht mehr das Hauptziel des Städtebaus, zumal in den Zentren. Wohnen ist weit mehr als früher zu einer Handelsware geworden. Und die Regierungen sehen es nicht als ihre Aufgabe, das zu steuern. Das wird der privaten Hand überlassen. Mir wäre es lieber, wenn dieser Wohnaspekt weiterhin zentral in den Städten bleiben würde; denn für mich ist Architektur untrennbar verbunden mit dem Wohnzweck. Aber das ist leider heutzutage nicht mehr der Fall.

Der Bauträger hat den Anspruch formuliert, die entstehenden Neubauten am Schinkelplatz sollen noch in hundert Jahren als dem historischen Ort angemessen wahrgenommen werden. Wird es so kommen?

Ja, ich denke schon. Der Schinkelplatz wird in hundert Jahren wahrscheinlich noch so aussehen, wie er bald aussehen wird. Die Friedrichswerdersche Kirche und die Bauakademie sind architektonische Denkmäler. Der Bau des Auswärtigen Amtes hat dazu beigetragen, den Platz als städtisches Ensemble zu erhalten, und die Neubauten schließen das ab. Es gibt danach nicht mehr viel Gestaltungsspielraum für den Schinkelplatz – er stellt auch insgesamt ein architektonisches Denkmal dar. Und das wird auch in hundert Jahren noch so sein. ♦

Mehr zum Neubauprojekt Berlin Schinkelplatz – Von Preußen nach Europa, für dessen südlichen Teil Rafael Moneo als Architekt verantwortlich ist, findet sich auf der Website des Bauträgers, der Frankonia Eurobau AG: www.berlin-schinkelplatz.de

Aktuelle politische Bücher

Florian Schuller (Hg.)

Vom Knotenlösen

Verleihung des Ökumenischen Preises der Katholischen Akademie Bayern an Frank-Walter Steinmeier

HERDER

€ 9,99 | ISBN 978-3-451-37796-9

Thomas Köster (Hg.)

Zukunftsfeste Rente

Neue Impulse für die Alterssicherung

HERDER

€ 25,99 | ISBN 978-3-451-37706-8

Walter Lesch

KEIN RECHT AUF EIN BESSERES LEBEN?

Christlich-ethische Orientierung in der Flüchtlingspolitik

HERDER

€ 19,99 | ISBN 978-3-451-34855-6

Alexander Bode
Martin Pätzold (Hg.)

WIRTSCHAFTS WUNDER 4.0

Wie Unternehmen und Politik den Weg ins digitale Zeitalter meistern

HERDER

€ 19,99 | ISBN 978-3-451-37687-0

RUDOLF SEITERS

VERTRAUENS Verhältnisse

Autobiografie

HERDER

€ 24,99 | ISBN 978-3-451-34968-3

HERDER

www.herder.de



Europa ist dort überall: Die europäischen Städte – im Bild zu einer Skyline der Sehenswürdigkeiten verschmolzen – sind Orte, an denen die großen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft geballt zu bewältigen sind – aber sie sind auch Orte, an denen der Reichtum und die Vielfalt der europäischen Kultur zum Greifen und Erleben sind.

FOTO: FOTOLIA/BOOBLUM

Die Städte sind Europa vor Ort

Mit ihrer Initiative „Städte für Europa“ will die Stiftung Zukunft Berlin europäische Städte und ihre Bürger für eine aktive Mitgestaltung der Europäischen Union gewinnen | Von Brigitte Russ-Scherer

Wir sind Europa! Eine Streitschrift gegen den Nationalismus – so lautet der Titel eines im Mai 2016 erschienenen Buches der Journalistin und Politologin Evelyn Roll, in dem sie einen leidenschaftlichen Appell an alle überzeugten Europäerinnen und Europäer richtet, die Zuschauerbühne zu verlassen und sich aktiv für Europa zu engagieren: „Wenn die Reaktion der Angsthasen, Selbstaufgeber und Nichtzuendendenker auf die neue Weltordnung Neonationalismus und Volksverdummung ist, dann braucht es die Gegenreaktion: Europa. Jetzt!“ Wie dringend Europa eine solche entschiedene Gegenreaktion braucht und wie

Die europäischen Städte sind die Orte, an denen wir die aktuellen Herausforderungen in Europa hautnah erleben.

sehr die Europäische Union auf die aktive Unterstützung und Mitgestaltung durch die Bürger angewiesen ist, hat uns der Brexit noch einmal schmerzhaft vor Augen geführt. Es geht nicht um die Frage, ob, sondern um die Frage, was wir für Europa tun. Hier ist jeder Einzelne gefordert – die europäischen Städte aber sind es auf besondere Weise.

Denn die europäischen Städte sind die Orte, an denen wir die aktuellen Herausforderungen in Europa hautnah erleben. Ob Flüchtlingsbewegung, Terrorgefahr, der zunehmende Nationalismus und Populismus sowie die großen wirtschaftlichen Verwer-



Brigitte Russ-Scherer ist Verantwortliche für die Initiative „Städte für Europa“ der Stiftung Zukunft Berlin. Die Juristin war Geschäftsführerin der Ludwigsburger Festspiele, Leiterin der Abteilung für Presse und Öffentlichkeitsarbeit bei der Allianz Versicherung und von 1999 bis 2007 Oberbürgermeisterin von Tübingen. Für den HAUPTSTADTBRIEF erläutert sie die Ziele der Initiative „Städte für Europa – Cities for Europe“.

FOTO: SPD TUBINGEN

fungen im Süden Europas – die Städte sind in erster Linie damit konfrontiert und herausgefordert. Gleichzeitig gibt es gerade in den Städten Europas eine Vielzahl praktischer Erfahrungen mit Fragen wie: Wie gelingt Integration? Wie bekämpfen wir Rassismus? Wie stärken wir den Zusammenhalt? Wie aktivieren und beteiligen wir unsere Bürger?

Hier, in den Städten, werden Ideen entwickelt wie beispielsweise in Heidelberg, wo sich durch die Einrichtung eines interkulturellen Zentrums, das zugleich als Warteraum für das Ausländeramt fungiert, das Verhältnis zwischen Asylsuchenden und der Stadtverwaltung positiv veränderte. Hier wird europaweit genetzt wie beispielsweise in Nürnberg, das eine konkrete Flüchtlingshilfsaktion für seine griechische Partnerstadt Kavala organisierte und damit den Erfahrungsaustausch zwischen den beiden Städten intensiviert.

Und natürlich gibt es auch in Berlin eine ganze Reihe von ermutigenden Beispielen dafür, was eine Stadt mit ihren Bürgern für Europa tun kann – und Initiativen und Stiftungen tragen zu diesen Beispielen maßgeblich bei – nicht zuletzt etwa die Jahreskonferenz von „A Soul for Europe“ der Stiftung

Zukunft Berlin, die den Dialog zwischen Politik, Kultur und Zivilgesellschaft fördern möchte, oder unsere Initiative „Städte für Europa“, die sich dafür einsetzt, dass die Stadt Berlin bei der Einbeziehung ihrer Bürger bei Aktivitäten pro Europa eine Vorreiter- und Impulsgeberrolle einnimmt.

Dazu gehören Projekte wie „MitMachMusik“, bei dem zweimal wöchentlich professionelle Musiker mit Kindern und Jugendlichen in Flüchtlingsunterkünften musizieren, oder die Initiative „Give Something Back to Berlin“, die das soziale Engagement von jungen Wahlberlinern aus aller Welt fördert. Dazu gehört die Schwarzkopf-Stiftung „Junges Europa“, die schon seit 1971 dafür arbeitet, junge Menschen für Politik zu interessieren und für den europäischen Einigungsprozess zu begeistern. Dazu gehört auch der Europapreis „Blauer Bär“, mit dem das Land Berlin zusammen mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland jährlich beispielhafte Berliner Initiativen, Projekte und Personen würdigt, die mit überwiegend ehrenamtlichem Engagement in unterschiedlichsten Gesellschafts- und Politikbereichen zum Zusammenwach-

sen Europas und seiner Menschen beitragen und sich für die Werte der Europäischen Union einsetzen.

Allerdings: Trotz all dieser Erfahrungen der Städte und ihrer Nähe zum europäischen Alltag nehmen sie bisher auf EU-Ebene nicht die Position ein, die ihrer Rolle im politischen Leben Europas entspräche. Im Sommer 2016 ist mit der EU-Städteagenda immerhin ein erster Schritt dahin erfolgt, diese Situation zu verbessern und eine Zusammenarbeit für Wachstum, ein lebenswertes Umfeld und Innovationen in den Städten der Europäischen Union anzustoßen. Es gibt darüber hinaus aber noch viel zu tun. Die Städte brauchen eine stärkere Stellung. Gerade in der aktuellen Krise ist die EU auf die Erfahrung der Städte und auf ihre realitätsnahe Einschätzung der Prioritäten angewiesen.

Die europäischen Städte sind nicht nur Orte, an denen die großen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft geballt zu bewältigen sind, sondern sie sind zugleich auch Orte der Kultur – jene Orte, an denen uns das lebendige, das gelebte Europa begegnet und wo der Reichtum und die Vielfalt der europäischen Kultur, der europäischen Sprachen, der euro-

päischen Küchen greif- und erlebbar wird. Hier, in einer Stadt wie Berlin, pflegen wir den Jugendaustausch und die Bürgerbegegnung. Hier freuen wir uns darüber, dass das Zusammenleben vieler Europäer unterschiedlicher Nationalitäten inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

In den europäischen Städten ist uns Europa nah. Hier spüren wir, dass die Europäische Union mehr ist als Brüssel und Straßburg, mehr als die europäischen Institutionen, die Verträge und die Eliten. Hier wird uns auch bewusst, dass die Städte mit vielen ihrer kommunalen Leistungen zugleich Akteure der Europäischen Union sind und für Europa Wertvolles leisten. Daraus ergibt sich aber auch eine besondere Verantwortung der Städte für die EU.

Damit die Europäische Union die Krise überwindet, muss die EU dem Kulturellen mehr Gewicht und der aktiven Mitgestaltung Europas durch seine Bürgerinnen und Bürger mehr Raum geben – und damit sind wiederum die Städte gefordert, denn sie sind die Bindeglieder zwischen der Politik auf europäischer Ebene und den Bürgern der EU. Die Städte und ihre Bürgerinnen und Bürger können und müssen mithelfen, die Europäische Union zu stärken. So wie einst bei der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich: Daran hatten sich damals die Städte sehr früh aktiv beteiligt und mit ihren Städtepartnerschaften ein dichtes Netz gewoben, in dem die alte Feindschaft zwischen den beiden Ländern überwunden wurde. Oder so wie bei der „Lokalen Agenda 21“, in der sich – angelehnt an die globale „Agenda 21“ mit ihrem Handlungsprogramm für Nachhaltigkeit – zahlreiche Kommu-

nen schon in den 1990er-Jahren getreu dem Motto „Global denken, lokal handeln“ verpflichtet, ihren jeweils eigenen Beitrag zur nachhaltigen Umweltpolitik zu leisten.

Jetzt ist es an der Zeit, in den Städten lokale Bündnisse für Europa zu schmieden. Die europäische Politik alleine kann es nicht schaffen. Wir

Gerade in der Krise ist die EU auf die Erfahrung der Städte und auf ihre realitätsnahe Einschätzung der Prioritäten angewiesen.

alle sind aufgefordert, uns noch stärker und sichtbarer für die Europäische Union zu engagieren. Unsere Initiative „Städte für Europa“ hat dafür, gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung, das Online-Portal „Cities for Europe“ geschaffen. Hier können sich Initiativen und Projekte eintragen und vernetzen. Darüber hinaus müssen wir als überzeugte Europäer deutlicher unsere Stimme erheben und den Anti-Europäern lautstark widersprechen. Denn diese Europäische Union ist das Beste, was ihren Bürgern – und natürlich auch den Berlinerinnen und Berlinern – in ihrer langen Geschichte passiert ist. Dafür lohnt es zu streiten und die Kräfte zu bündeln.

Die Stiftung Zukunft Berlin, in der sich Brigitte Russ-Scherer engagiert, ist ein unabhängiges Forum für bürgerschaftliche Mitverantwortung zum Wohle Berlins. Mehr zu ihrer Initiative „Städte für Europa – Cities for Europe“ hier: citiesforeurope.eu/de

Das eingangs erwähnte Buch Wir sind Europa! von Evelyn Roll ist im Ullstein Verlag erschienen. 48 Seiten, Hardcover 7 Euro, als E-Book 6,49 Euro. www.ullsteinbuchverlage.de

Europa ist hier: Mit dem „Blauen Bär“ würdigt Berlin jährlich beispielhafte Berliner Initiativen, Projekte und Personen, die mit überwiegend ehrenamtlichem Engagement zum Zusammenwachsen der Europäischen Union und ihrer Bürger beitragen. Preisträger 2016 waren unter anderem das Team der Berliner Lokalredaktion des Mitmachmagazins Cafébabel und das Team des Basketballvereins BC Lions Moabit 21 e.V.

FOTO: BUDDY BÄR GMBH



Sicherheits- hinweis:

Schüco Fenster und Haustüren können zu Langeweile bei Wachhunden führen.



EINBRUCHSCHUTZ:
JETZT VON DER
KfW-FÖRDERUNG PROFITIEREN
www.schueco.de/foerderung

Sicherheit, die jeden in der Familie überzeugt: mit Fenstern, Haustüren und Schiebetüren von Schüco können Sie schon bei der Planung für das wichtigste Gefühl in Ihrem Zuhause sorgen: Geborgenheit. Durch langjährige Erfahrung und geprüfte Markenqualität. Gefördert durch Kredite oder Zuschüsse der KfW. www.schueco.de/foerderung

Fenster. Türen. Fassaden.

SCHÜCO